

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

10.05.2022

Martin Böhm: Macron greift weiter nach deutschem Geld – unsere Steuerzahler sollen auf ewig Frankreichs Schulden bezahlen

Der Totengräber deutscher Freiheitsrechte, Frankreichs Präsident Macron, setzte just am 9. Mai, dem Tag der deutschen Niederlage, vor dem EU-Parlament zu einem Rundumschlag gegen das schon fragile Einstimmigkeitsprinzip der EU und somit zu einem Schlag gegen deutsche Interessen an. Mit seinem abstrusen Ausruf „Wir müssen unsere Texte reformieren“ untermauerte er seine Forderung nach Einberufung eines EU-Konventes noch im Juni – also zum Ausklang seiner Ratspräsidentschaft. Dieser Konvent soll seine Agenda fortsetzen, die Reform der Gemeinschaft, die dann immer mehr vom Club der Mittelmeerstaaten bestimmt werden soll.

Dazu Martin Böhm, europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag:

„Wer Macrons Rede gehört hat, dem hat es einen Schauer nach dem anderen über den Rücken gejagt. Gemeinsame Außen-, Steuer- und vor allem Haushaltspolitik im Mehrstimmigkeitsgusto französischer Lesart: Das sind die Visionen des selbsternannten Barons der Rotweinstaaten, mit denen er solide Länder zu den Zahlmeistern seiner linksliberalen Phantasien degradieren will. Gipfelnd in der Aussage, europäische Investitionen sollen durch europäische Schulden finanziert werden, zeigt Macron, dass eine EU seiner Lesart das originäre Recht souveräner Nationalstaaten schleifen will: deren Recht, den eigenen Haushalt und damit das Wohl des souveränen Volkes zu bestimmen. Wir wurden in den Parlamenten belächelt und gescholten, als wir diese Visionen Macrons vor sieben Monaten als wahres Ziel der französischen Ratspräsidentschaft erkannten. Alles hat sich bestätigt, und der noch tiefere Griff in die Taschen deutscher Bürger ist schon beschlossene Sache.

Von der EZB in die Inflation getrieben, von der EU als Zahlmeister unterworfen und vom Brüsseler Meinungstotalitarismus geknebelt – Versailles 2.0 ist eher Realität, als viele heute noch glauben. Unser Ruf nach der Verhandlung eines DEXIT bekommt vor solchen Hintergründen eine ganz neue Dimension.“